

# Hamburgs Weg zur Wissenschaftsmetropole

## 30 Feststellungen und Empfehlungen



Patriotische Gesellschaft

## Für einen Hamburger Wissenschaftskonsens

*H*amburg war eine Wissenschaftsstadt schon lange bevor sie Universitätsstadt wurde. Mit dem Akademischen Gymnasium, dem Allgemeinen Vorlesungswesen, vor allem aber bedeutenden wissenschaftlichen Staatsinstituten, Sammlungen und Museen, die zuletzt durch das Kolonialinstitut des Deutschen Reiches auch Geistes- und Kulturwissenschaften abdeckten, verfügte Hamburg schon im 19. Jahrhundert und beginnenden 20. Jahrhundert über eine bedeutende Wissenschaftslandschaft. Der jahrzehntelange beharrliche Einsatz Werner von Melles für die Gründung der Universität war aber erst 1919 erfolgreich, als auch der Sozialdemokrat Emil Krause diese Bemühungen unterstützte und die Hamburger Bürgerschaft die Gründung der Universität beschloss. Wichtige Voraussetzungen hatten die Gründung der Hamburgischen Wissenschaftlichen Stiftung und die Stiftung eines Vorlesungsgebäudes durch Edmund Siemers geschaffen.

In der Tradition dieses zivilgesellschaftlichen Engagements für die Entwicklung der Universität und der Wissenschaft in Hamburg, das deren Entwicklung jahrzehntelang begleitet und mitgestaltet hat, will die Patriotische Gesellschaft von 1765 durch 30 Feststellungen und Empfehlungen eine Diskussion zu einem Hamburger Wissenschaftskonsens anstoßen, der Hamburg den Weg zur Wissenschaftsmetropole aufzeigt. Alle Akteure des Wissenschaftssystems in Hamburg sind aufgerufen, ihre Vorstellungen in diesen Diskurs einzubringen. Er könnte zur Grundlage einer langfristigen, institutionen- und parteiübergreifenden Wissenschaftspolitik werden, die Hamburg neben dem Hafen eine weitere Entwicklungsperspektive eröffnet.

*Dr. Dr. h.c. Jürgen Lüthje  
Mitglied des Vorstands*

## Hamburgs Weg zur Wissenschaftsmetropole 30 Feststellungen und Empfehlungen

In der Amtszeit des vorigen Senats legte die Behörde für Wissenschaft und Forschung „Strategische Perspektiven für die Hamburger Hochschulen bis 2020“ vor, um diese im Dialog mit den Hochschulen, Forschungseinrichtungen und weiteren wissenschaftspolitischen Akteuren weiterzuentwickeln. Der Vorstand der Patriotischen Gesellschaft, dem die „Perspektiven“ zur Stellungnahme zugesandt worden waren, sah sie in seiner Stellungnahme „Hamburgs Weg zur Wissenschaftsmetropole“ als Anstoß für eine längst fällige Debatte über die Entwicklung des Wissenschaftsstandorts Hamburg.

Die Landeshochschulkonferenz lehnte die „Perspektiven“ ab und forderte, die Grundlagen der künftigen Hochschulentwicklung mit der Senatorin gemeinsam zu erarbeiten. Nach der Bürgerschaftswahl und der Bildung eines rot-grünen Senats legten die Hochschulen eine gemeinsame *Denkschrift zum Hochschulsystem und zur Hochschulpolitik in der Freien und Hansestadt Hamburg* vor. In Auswertung dieser Denkschrift hat die Patriotische Gesellschaft ihre ursprüngliche Stellungnahme überarbeitet und 30 Feststellungen und Empfehlungen als „Hamburgs Weg zur Wissenschaftsmetropole“ zur Diskussion gestellt:

1. *Die Voraussetzungen einer zukunftsorientierten Wissenschaftspolitik für Hamburg sollten in einem gesellschaftlichen Diskurs mit dem Willen erarbeitet werden, gemeinsame Positionen herauszuarbeiten und Streitige Fragen sachbezogen auf verlässlicher Informationsgrundlage zu klären.*

2. *Grundlagen erfolgversprechender Wissenschaftsentwicklung sind die Autonomie der Hochschulen und das partnerschaftliche Zusammenwirken von Staat und Hochschulen. Strategische Ziele können den Hochschulen darum nicht einseitig vorgegeben werden. Eine wissenschaftspolitische Strategie für die Stadt kann nur im Einvernehmen mit den Hochschulen erarbeitet werden und erfolgreich sein.*
3. *Den Rahmen der Hochschulentwicklung legen die vom Senat und den Hochschulen unterzeichneten Hochschulvereinbarungen mit einer Laufzeit bis 2020 fest. Deren enge finanzielle Vorgaben, die den Hochschulen auch weiterhin Einsparungen im Personalbestand abfordern, sieht die Patriotische Gesellschaft als Mindestbedingungen einer zukunftsweisenden Wissenschaftspolitik, die auch unter schwierigen Bedingungen nicht in Frage gestellt werden dürfen. Bei Tarifierhöhungen oberhalb des beim Abschluss der Vereinbarungen erwarteten Rahmens empfiehlt die Patriotische Gesellschaft eine Überprüfung der Hochschulvereinbarungen.*
4. *Durch ein vielfältiges Hochschulsystem stellt die Freie und Hansestadt Hamburg wissenschaftliche und künstlerische Qualifikationsmöglichkeiten bereit, die dem Qualifikationsbedarf des Stadtgebietes Rechnung tragen, die Nachfrage der Metropolregion aber nur teilweise decken. Erhebliches Potenzial für die Entwicklung Hamburgs zur Wissenschaftsmetropole weisen auch die außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf. Die Patriotische Gesellschaft empfiehlt, die vielfältigen Möglichkeiten der Kooperation zwischen diesen Forschungseinrichtungen und der Universität sowie anderen Hochschulen konsequent zu nutzen und dadurch das Profil des Wissenschaftsstandorts zu stärken.*
5. *Insgesamt sollte eine langfristige Strategie des Wissenschaftsstandorts das Hamburger Wissenschaftssystem stärker vernetzen und schrittweise ausbauen. Die Universität, die Technische Universität und die Hochschule für Angewandte Wissenschaften bilden die leistungsstarke Grundlage einer zielbewussten Wissenschaftspolitik, die durch konsequente Verbindung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit den Hochschulen die vielfältige Wissenschaftslandschaft Hamburgs zur Wissenschaftsmetropole weiterentwickeln kann.*
6. *Um zu bedeutenden Wissenschaftsmetropolen aufzuschließen, muss Hamburg die Wissenschaftsaufwendungen nachhaltig erhöhen. Das kann nur begrenzt allein durch den Stadtstaat Hamburg geleistet werden, sondern bedarf der Ergänzung durch eine dauerhafte Bundesbeteiligung, durch die Forschungsförderung der DFG, des Bundes und der Europäischen Union sowie durch andere, auch private Finanzierungsquellen. Die Aufwendungen der Wirtschaft in der Metropolregion Hamburg liegen weit unter denen in vergleichbaren Wissenschaftsregionen.*



Die Armillarsphäre auf dem Hauptgebäude der Universität symbolisiert die universale Bedeutung von Wissenschaft.

7. *Die Stadt Hamburg muss Studium, Lehre und Weiterbildung als Chance nutzen, um sich zur Wissenschaftsmetropole weiterzuentwickeln. Das erfordert mindestens das gleiche Studienangebot, wie es gegenwärtig durch eine befristete Bundesfinanzierung bis 2017 ermöglicht wird. Diese muss durch eine dauerhafte Beihilfe des Bundes langfristig gesichert werden.*
8. *Der Staat muss die Rahmenbedingungen für Studium und Lehre verbessern. Die zunehmende Heterogenität der Studierenden, die Öffnung der Hochschulen für Studierende mit Berufserfahrung ohne traditionelle Studienberechtigung, eine deutliche Steigerung des Studienerfolgs und die wachsende Nachfrage nach wissenschaftlicher Weiterbildung im Rahmen lebenslangen Lernens können die Hochschulen nicht kapazitäts- und finanzneutral bewältigen.*
9. *Alle Hochschulen sollten in geeigneten Fachrichtungen duale Studiengänge als ergänzende Möglichkeit anbieten, die zugleich einen Studienabschluss und einen berufsbildenden Abschluss vermittelt. Die Patriotische Gesellschaft empfiehlt Unternehmen der Metropolregion Hamburg, auch den staatlichen Hochschulen den Zugang zu berufspraktischen Ausbildungsmöglichkeiten im Rahmen dualer Studiengänge zu eröffnen.*
10. *Der Staat sollte die autonome Qualitätsentwicklung in Studium und Lehre fördern. Evaluations- und Akkreditierungsverfahren sollten weitgehend in autonomer Verantwortung der Hochschulen durchgeführt werden.*
11. *Die Hochschulen sollten das gestufte Studiensystem weiterentwickeln. Die Vorgabe der Länder, dass in Kombination mit vierjährigen Bachelor-Studiengängen nur einjährige Master-Studiengänge zulässig sind, ist zu unflexibel. Die Patriotische Gesellschaft empfiehlt, den Hochschulen mehr Regelungsspielraum einzuräumen. Das Studiensystem sollte den Bachelor-Abschluss als breit und grundlegend qualifizierend konzipieren und die Spezialisierung dem Master-Studium oder einer beruflichen Qualifizierungsphase überlassen.*
12. *Staat und Hochschulen sollten das Studium für Menschen mit beruflichen Erfahrungen öffnen, die keine traditionelle Studienberechtigung erworben haben. Dies erfordert eine entsprechende Regelung der Kapazitätsanrechnung, Zulassung und Finanzierung, die den Hochschulen allein nicht möglich ist.*
13. *Der Wissenschaftsstandort Hamburg sollte besonders qualifizierte Menschen anziehen. Einer ausreichenden Zahl von Master-Studenplätzen sowie den Promotions- und Post-Doc-Angeboten ist erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Die Nachfrage nach diesen wissenschaftlich besonders anspruchsvollen Qualifikationsstufen wird sich überproportional auf die leistungsstärksten Wissenschaftsstandorte richten und bietet diesen die Möglichkeit, sich im wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Wettbewerb besonders dynamisch zu entwickeln.*
14. *Stärker als bisher muss Hamburg die vielfältige und leistungsstarke Forschungslandschaft vernetzen. Sie ist durch herausragende Schwerpunkte mit internationaler Spitzenstellung geprägt, aber auch durch eine Vielzahl weiterer wissenschaftlich sehr leistungsfähiger Forschungsbereiche. Die Entwicklung Hamburgs zur Wissenschaftsmetropole kann sich nicht auf die Förderung weniger großer Schwerpunkte beschränken, sondern muss die Vielfalt unterschiedlicher Forschungsbereiche bis hin zur exzellenten Einzelforschung fördern und diese wirksam vernetzen.*
15. *Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Hamburg sollten neue Formen institutioneller Verflechtung entwickeln. Die Kooperation sollte nicht bei regelmäßigen Gesprächen und gemeinsamen Projekten stehen bleiben, sondern durch verbindliche Vereinbarungen bis hin zu gemeinsamen Gremien und verbindenden institutionellen Formen weiterentwickelt werden. Die Universität Hamburg könnte in Kooperation mit der Akademie der Wissenschaften, dem Europa-Kolleg und anderen wissenschaftlichen Institutionen ein „European Center for Advanced Studies“ gründen.*
16. *Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollten das Beispiel des ZMAW und der Zusammenarbeit zwischen Universität und DESY verallgemeinern. In beiden Konstellationen wurde eine enge Kooperation über mehr als drei Jahrzehnte kontinuierlich praktiziert. Das führte zum Erfolg zweier Exzellenzcluster in der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder. Die Koordinierung muss sowohl die Fachebene als auch die Leitung der Universität und der Forschungseinrichtungen einbeziehen.*
17. *Hamburg sollte den Verbund von Universität Hamburg und DESY weiterentwickeln. Eine gemeinsam zu entwickelnde Struktur muss die strategische und operative Selbständigkeit von DESY uneingeschränkt wahren und darf die Zugehörigkeit zur Helmholtz-Gemeinschaft nicht gefährden. So wie die rechtliche und betriebliche Eigenständigkeit des UKE dessen korporative Zugehörigkeit zur Universität Hamburg nicht ausschließt, könnte eine akademische Verbindung zwischen DESY und der Universität unter Wahrung der rechtlichen und betrieblichen Selbständigkeit von DESY der seit Jahrzehnten bestehenden wissenschaftlichen Symbiose eine auch international sichtbare institutionelle Gestalt geben.*
18. *Auf dem Forschungscampus Bahrenfeld und am Universitätsstandort Bundesstraße sollten die Universität und die beteiligten Forschungseinrichtungen die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses institutionell bündeln. Die Universität als Trägerin des Promotions- und Habilitationsrechtes sollte mit allen beteiligten Einrichtungen Vereinbarungen schließen, durch die in Bahrenfeld ein „Center of Research Schools for Structural and Photon Sciences at the University of*

Hamburg“ und am Standort Bundesstraße eine „International Research School for Earth-System and Sustainability Studies at the University of Hamburg“ etabliert werden.

19. Im Hauptgebäude der Universität und dessen Flügelbauten ist eine bundesweit beispiellose Konzentration kulturwissenschaftlicher Fächer entstanden. Stadt und Universität sollten das kulturwissenschaftliche Zentrum weiterentwickeln, indem sie Planungen der Universität verwirklichen, die Innenhöfe des Hauptgebäudes zu überdachen und für kulturwissenschaftliche Sammlungen der Universität zu nutzen sowie unter dem Vorpplatz des Hauptgebäudes Bibliotheksflächen zu schaffen.
20. Hamburg muss stärker als bisher das Potenzial der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften nutzen. Mit der Juristischen Fakultät, dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht, der Bucerius Law School, dem Europa-Kolleg sowie dem Internationalen Seegerichtshof verfügt Hamburg über eine Konzentration rechtswissenschaftlicher Kompetenz im Bereich des internationalen und transnationalen Rechts wie nur wenige Standorte. Sie wird ergänzt durch einen international herausragenden Schwerpunkt in der ökonomischen Analyse des Rechts, die sozial-, rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Forschung im Bereich Governance, Markt und Regulierung sowie die Forschungskompetenz des GIGA und des HWWI. Dieses wissenschaftliche Potenzial sollte durch ein „Zentrum für transnationale Rechts- und Wirtschaftsentwicklung“ verbunden werden.
21. Stadt und Universität sollten das ehemalige Postamt 13 für universitätsbezogene Nutzungen erwerben oder anmieten. In unmittelbarer Nachbarschaft des Universitätsstandorts Von-Melle-Park bietet es sich für eine Nutzung durch die Universität oder universitätsbezogene Einrichtungen an.
22. In dem ehemaligen Postgebäude können die Stadt und die Universität ein geistes-, rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Gründungs-, Innovations- und Transferzentrum einrichten.
23. Die Freie und Hansestadt Hamburg muss die künftige Entwicklung des Von-Melle-Parks planen und dessen Gebäude sanieren. Die Patriotische Gesellschaft schlägt vor, möglichst bald einen Wettbewerb zur Entwicklung und Nutzung dieses Universitätsstandorts auszuschreiben.
24. Die Stadt und die Träger außeruniversitärer Forschungseinrichtungen sollten alle außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit Hochschulen verbinden. Die Hochschulen sollten mit Unterstützung der Wissenschaftsbehörde und in enger Zusammenarbeit mit der Leibniz-Gemeinschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft klären, welche Forschungsbereiche der Hochschulen durch Kooperation mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen gestärkt werden können.
25. Die Stadt, die Universität, das UKE, die TUHH und die HAW sowie die außeruniversitären Forschungseinrichtungen sollten konsequent den lebenswissenschaftlichen und medizinischen Cluster ausbauen. In der Medizin und den Lebenswissenschaften verfügt Hamburg über besonderes wissenschaftliches Potenzial. Das UKE, die MIN-Fakultät, das Bernhard-Nocht-Institut, das Heinrich-Pette-Institut, das ZMNH, das Forschungszentrum Borstel und die struktur- und molekularbiologisch forschenden Zentren in Bahrenfeld entfalten bereits heute weltweite internationale Ausstrahlung, die durch konsequente Vernetzung und institutionelle Verklammerung weiter gesteigert werden kann. Deren Nachwuchsförderung sollte in einer gemeinsamen „International Research School for Medical and Life Sciences at the University of Hamburg“ gebündelt werden.
26. Hamburg muss als Stadtstaat alle Möglichkeiten einer Mitfinanzierung des Bundes nutzen. Das gilt nicht zuletzt für die von Hamburg allein finanzierten außeruniversitären Forschungsinstitute. Für die überregional bedeutsamen naturwissenschaftlichen Sammlungen der Universität sollten die Stadt und die Universität mit der Leibniz-Gemeinschaft und dem Bund deren Zusammenführung in einem „Leibniz-Zentrum für Naturforschung und naturwissenschaftliche Bildung“ der Universität Hamburg anstreben.
27. Die Freie und Hansestadt Hamburg sollte in enger Abstimmung mit der TUHH durch Vereinbarung mit dem Land Schleswig-Holstein, dem Bund und der Helmholtz-Gemeinschaft die TUHH und das Forschungszentrum Geesthacht institutionell verbinden. Ebenso sind in Abstimmung mit der HAW, der TUHH, der Universität Hamburg, dem UKE und der Helmut Schmidt Universität der Bundeswehr die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft sowie der Gründung von Fraunhofer-Instituten auszuloten. Die komplementären Forschungsprofile der Logistik an der TUHH, der Universität Hamburg und der Helmut Schmidt Universität legen die Gründung eines Fraunhofer-Instituts für Logistik in Hamburg nahe.
28. Um den Wirtschaftsstandort Hamburg zu stärken, sollte Hamburg den Wissenstransfer in die Wirtschaft ausbauen. An allen Teilstandorten der Hochschulen sind Gründungs-, Innovations- und Transferzentren aufzubauen. Die Wirtschaftsförderung der Stadt muss stärker als bisher das Anwendungs- und Innovationspotenzial aller Hochschulen nutzen. Die HAW sollte ein anwendungsorientiertes Graduiertenkolleg in Zusammenarbeit mit der Universität Hamburg, der TUHH und der Helmut Schmidt Universität etablieren, an dessen Finanzierung sich die regionale Wirtschaft auch durch Stipendien für betrieblich relevante Promotionen beteiligen sollte. Der Forschungscampus Bahrenfeld bietet mittel- und langfristig besondere Chancen für wirtschaftlich verwertbare technische Innovationen, die Hamburg den technologisch führenden Unternehmen frühzeitig vermitteln sollte.

29. *Um Hamburg zur Wissenschaftsmetropole zu entwickeln, muss die Stadt die Vielfalt vorhandener Potenziale fördern. Die geringere Zahl großer Hochschulen und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen im Vergleich zu Berlin und München kann Hamburg nicht kurzfristig eibebnen. Die Metropolregion kann aber kurze Wege, engere institutionelle Verknüpfungen, effizientere Kooperationen, aktive politische Unterstützung und private Wissenschaftsförderung zu standortspezifischen Wettbewerbsvorteilen entwickeln. Der Mangel an Forschung und Entwicklung von Wirtschaftsunternehmen muss längerfristig abgebaut werden.*
30. *Ein besonderes Problem für die Entwicklung Hamburgs zur Wissenschaftsmetropole liegt in der Selbstwahrnehmung und Außendarstellung der Stadt. Herausragende wissenschaftliche Leistungen werden vielfach nicht wahrgenommen, die Qualität vorhandener Institutionen und ihre Leistungen werden zu selten gewürdigt. Stattdessen müssen alle Akteure die Entwicklung der Stadt zur Wissenschaftsmetropole als gemeinsame Aufgabe begreifen. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Medien in Hamburg müssen lernen, die Qualität und Potenziale der in der Stadt geleisteten wissenschaftlichen Arbeit wertzuschätzen. Die Entwicklung Hamburgs zur Wissenschaftsmetropole muss in den Köpfen der Menschen beginnen und erfordert eine Veränderung der wissenschaftspolitischen Diskussion in der Stadt. Statt vor allem Defizite zu beklagen sollte sie auch Leistungen wahrnehmen und anerkennen, statt vor allem Schwächen hervorzuheben sollte sie auch Stärken aufzeigen, statt nach Differenzen sollte sie auch Gemeinsamkeiten suchen. Die Patriotische Gesellschaft hält eine ergebnisoffene und konsenssuchende, parteiübergreifende und unabhängige Debatte zur Entwicklung eines langfristigen Hamburger Wissenschaftskonsenses für notwendig.*

Eine Langfassung der Stellungnahme *Hamburgs Weg zur Wissenschaftsmetropole* kann über unter [www.patriotische-gesellschaft.de](http://www.patriotische-gesellschaft.de) heruntergeladen werden.

## Impressum

Herausgegeben vom Vorstand  
der Patriotischen Gesellschaft von 1765

Fotos: Nina Carstensen  
Gestaltung: Annrika Kiefer, Hamburg  
Druck: Druckerei Steffens, Hamburg

© Patriotische Gesellschaft von 1765 e.V.  
Hamburg April 2016



## Patriotische Gesellschaft

*Patriotische Gesellschaft von 1765  
Trostbrücke 4-6 | 20457 Hamburg  
T 040 30 70 90 50-0  
info@patriotische-gesellschaft.de  
www.patriotische-gesellschaft.de*